

Working Paper Series

Arbeitspapiere und Dokumentationen
des Forschungsschwerpunktes
„Kommunikation, Medien und Politik“

Wortlaut der Fernsehdebatte zur Landtagswahl in
Baden-Württemberg am 25. März 2001

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“

ISSN (Online): 2195-6030

Die Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“ dienen der Darstellung vorläufiger Ergebnisse, die in der Regel noch für spätere Veröffentlichungen überarbeitet werden. Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen – auch bei nur auszugsweiser Verwertung.

Herausgeber/Editors

Mitglieder des Steering Committees des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“:

Prof. Dr. Rüdiger Grimm (Fachbereich 4: Informatik)

Prof. Dr. Jürgen Maier (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)

Prof. Dr. Michaela Maier (Fachbereich 8: Psychologie)

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)

Prof. Dr. Manfred Schmitt (Fachbereich 8: Psychologie)

Wortlaut der Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März 2001

**Jürgen Maier
Carolin Jansen**

Nr. 3/2013

Kontakt Daten der Verfasser:

Abteilung Politikwissenschaft

Institut für Sozialwissenschaften

Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften

Universität Koblenz-Landau, Campus Landau

Kaufhausgasse 9

76829 Landau

E-Mail: maierj@uni-landau.de, jansenc@uni-landau.de

Wortlaut der Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März 2001

**Jürgen Maier
Carolin Jansen**

Zur Fernsehdebatte

Am 16. November 2000 wurde die einzige Fernsehdebatte im Landtagswahlkampf 2001 zwischen den beiden Ministerpräsidentenskandidaten – Amtsinhaber Erwin Teufel (CDU) und Herausforderin Ute Vogt (SPD) – ausgestrahlt. Die rund 75-minütige Diskussionssendung begann 20.15 Uhr und wurde vom öffentlich-rechtlichen Sender SWR übertragen. Unter Ausschluss von Publikum, im Rahmen der Politsendung „Ländersache“, befragte der Moderator Michael Zeiß (SWR) die beiden Kandidaten.

Vorbemerkung

Der Wortlaut der Debatte wird exakt dokumentiert. Die Aussagen der zwei Kandidaten sowie des Moderators werden in 30-Sekunden-Blöcken eingeteilt. Darüber hinaus werden folgende parasprachliche Besonderheiten der Redebeiträge erfasst:¹

- (uv) unverständliche Rede
- ^ parasprachlicher Einschublaut (äh, öh, ömm usw.)
- kurze Pause
- längere Pause
- [simultanes Sprechen
- „...“ nachprüfbares wörtliches Zitat
- ,...‘ sinngemäßes Zitat

¹ Die Erfassung der parasprachlichen Elemente erfolgt unter Anwendung der in Josef Klein (1990): Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“: Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972-1987, Baden-Baden, Teil II: Texte, S. I, entwickelten Systematik.

Transkript

Zeit	Teufel	Vogt	Moderator (Zeiß)
00:00:00			Aus dem OFF: Sie fordert ihn heraus, er ist der Platzhirsch. Ute Vogt, SPD und Erwin Teufel, CDU. Sie möchte im Frühjahr Ministerpräsidentin werden, doch er liegt in den Umfragen deutlich vorn. Heute treffen sie im Fernsehen zum ersten Mal aufeinander. Erwin Teufel gegen Ute Vogt - die Fernsehdiskussion. Jetzt, live, in Ländersache. ZEIß: Mit Spannung erwartet, jetzt findet sie statt,
00:00:30			Ute Vogt mit Erwin Teufel, die Fernsehdiskussion. Die Herausforderin gegen den Ministerpräsidenten. Sie sind dabei, herzlich willkommen. 75 Minuten Live-Diskussion über das, was uns interessiert: Wie kriegen wir neue Arbeitsplätze, wie geht es weiter mit dem Straßenbau und dem Schienenverkehr? Was ist an den Schulen los und wie sieht die Bildung der Zukunft aus? Wie schützen wir uns vor Rinderwahn, welche Arbeitskräfte lassen wir ins Land, wie halten wir es mit der Zuwanderung? Unter dem Strich --
00:01:00			Wie kann Baden-Württemberg bestehen im Zuge der Globalisierung? Meistern wir den Wandel von der Industrie- zur -Wissensgesellschaft. Ich

		begrüße ganz herzlich Erwin Teufel, den Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden, der seine dritte Amtszeit jetzt als Landeschef von Baden-Württemberg antreten will. Und ich begrüße ganz herzlich Ute Vogt, die Herausforderin, die als erste Frau in Baden-Württemberg das höchste Amt im Land erklimmen möchte. Frau Vogt, Sie sind in Baden groß geworden,
00:01:30	Ach ich glaube, dass man aufhören sollte, in Baden-Württemberg immer Badener und Württemberger gegeneinander auszuspielen. Ich glaub allerdings, dass wir in Zukunft Politik machen sollten für das Land, wo wir wirklich die Stärken der einzelnen Regionen - nicht alle gleich gewichten, sondern unterschiedlich nach ihrer Vielfalt und nach dem, was sie können. Im Moment find ich -, läuft es eher so, dass wir	Sie sprechen badisch, besser gesagt sogar kurpfälzisch um genau zu sein. - Werden die Badener eigentlich in diesem Land untergebuttert?
00:02:00	zum einen sagt, ach, da machen wir irgendwas im schwäbischen, stuttgarter Raum und da meint man automatisch muss man Ähnliches oder das Gleiche im badischen Raum machen und das ist mir zu starr. Also ich wünsche mir	

	da eine größere Vielfalt und vor allem eine gleichmäßige Beachtung des ganzen Landes immer wie gesagt, so gegeneinander ist Quatsch.	Herr Teufel, ja, ist das Quatsch? Werden die Schwaben bevorzugt?
00:02:30	Ganz gewiss nicht, der Roland Berger, ein unabhängiger Gutachter, hat uns gerade bestätigt, er kenne kein Land, das eine so ausgewogene Entwicklung hat. Ich hab mich darüber sehr gefreut, denn es ist eines der wichtigsten Ziele meiner Politik, ausgewogene, wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Landschaften, in allen Regionen unseres Landes zu haben. Es muss gerecht zugehen in der Landespolitik. Ja also schauen Sie, wir haben im Land alles doppelt, zwischen Karlsruhe und Stuttgart.	Aber wenn ich so an Stuttgart 21 denke, an die Messe, an den Flughafen, da jammern die Badener doch immer und das gibt doch so einen Sog so für die Region Stuttgart.
00:03:00	Zwei Landesbibliotheken, zwei Dreispartentheater, zwei große Landesmuseen. Und es muss gerecht zugehen zwischen den Teilen des Landes, aber nicht nur zwischen diesen beiden Städten, sondern Mannheim und Heidelberg, der Süden, der Bodenseeraum, dann Franken nicht zu vergessen.	

	Sie alle fordern von der Landespolitik Unterstützung und eine Förderung ihrer Eigeninitiative und ihrer Entwicklung und das ist gut so.
00:03:30	In Karlsruhe bei der Messe hat man sich riesig verrechnet, bei der Bundesbahn hat man sich um 20 Milliarden verrechnet. Haben Sie eigentlich eine Erklärung dafür, warum es der öffentlichen Hand oder den öffentlichen Institutionen so schwer fällt, richtig und spitz zu rechnen? Also ich denke, dass wir in Baden-Württemberg - gut mit unserem Geld umgehen. Ein unabhängiges Institut, das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat nach sieben Kriterien alle 16 Landeshaushalte und den Bundeshaushalt
00:04:00	untersucht und hat uns für die 90er Jahre die solideste Haushaltspolitik bescheinigt. Frau Vogt, verrechnet hat sich auch der Bahnminister, der Verkehrsminister, er ist heute zurückgetreten. Hätte er das nicht schon früher machen sollen? Also ich denke Reinhard Klimmt ist – natürlich hätte man sagen können er ist, hätte es auch gestern tun können, aber wenn man schaut, vom Tag des Strafbefehls bis zum Rücktritt sind gerade mal vier Tage vergangen und ich muss sagen, ich bin froh,

00:04:30	dass er sich für diesen Schritt entschlossen hat und ich finde es schon seltsam, dass jetzt so viele sagen, es hätte viel früher sein müssen, weil also – Reinhard Klimmt hat es sich vier Tagen entschieden, Herr Glogowski damals in knapp einer Woche und wenn man sieht, was in anderen Teilen, beim Herrn Koch zum Beispiel, läuft, dass der sich über Monate weigert, auch nur ein Stückchen Konsequenz zu ziehen, da muss ich sagen wundert es mich schon, mit welcher verschiedenen Maßstäben hier gemessen hat. Aber darf ich da noch mal nachfragen?
00:05:00	Es verhagelt Ihnen doch aber ein bisschen jetzt die Wahlchancen, oder? Es verhagelt mir überhaupt nicht die Wahlchancen, weil ich ganz deutlich machen kann, es gibt in jeder Partei Politikerinnen und Politiker, die etwas tun, was falsch ist, die auch gegen das Gesetz handeln. Das ist tragisch, aber das kann man nicht verhindern. Aber entscheidend ist für mich, dass wir Konsequenzen draus ziehen. Und ich finde schon, insofern hilft es uns auch bei der Wahl, dass [Herr Teufel, der...] ...jetzt müssen wir den Satz noch fertig machen. Ja bitte. ...dass der entscheidende Unterschied ^ wirklich

00:05:30	zwischen der SPD und der CDU an diesem Punkt ist, dass unsere Leute allesamt immer Konsequenzen ziehen. Nicht immer - aus eigener Überzeugung, aber dann auf jeden Fall aus ^ aufgrund von Druck aus der Basis, bei Reinhard Klimmt war es mit auch der Druck aus der SPD-Bundestagsfraktion und da muss ich sagen, es ist ein Riesenunterschied zwischen Kohl oder Koch, die in der CDU seit Monaten in den Schlagzeilen sind, seit Monaten ^ keinerlei Unrechtsbewusstsein haben und wo auch nie was zu hören ist, dass man sagt, die müssen jetzt
00:06:00 Also zunächst zu Herrn Klimmt. Jemand, der im Falle ist, der wird von mir nicht noch gestoßen. Das würde ich für eine ganz schlechte deutsche Eigenschaft halten. Zweitens ich muss ganz entschieden zurückweisen, ^ dass ^ der Name Kohl und der Name	- aus Ihrer Sicht zum Beispiel zurücktreten, wo man sich dann eher noch trifft, wo Sie sich mit dem Herrn Koch getroffen haben, die dann dadurch noch aufwertet - das verstehe ich nicht und ich glaube, diesen Unterschied, das ist ein ganz wesentlicher, den man auch der Bevölkerung deutlich machen muss. Herr Teufel, ein Satz zu Koch-Klimmt?

00:06:30	Koch in Zusammenhang mit Herrn Klimmt oder Herrn ^ Glogowski genannt werden. Die beidem haben Dreck am Stecken und sind durch ein Gericht rechtskräftig verurteilt, während die ^anderen Fällen nicht einmal Ermittlungsverfahren oder gerade ein Ermittlungsverfahren läuft. Also ich muss - alle - Jahre mit einem neuen Verkehrsminister anfangen zu verhandeln, das wird auf jeden Fall schlecht sein. Aber schlechter als es bisher war, kann es ja	Herr Teufel, werden sich unter Umständen durch diesen Rücktritt die Chancen für Stuttgart 21 verschlechtern?
00:07:00	eigentlich gar nicht werden. In zwei Jahre - seit zwei Jahren haben wir Stagnation, vielleicht geht es mit dem Dritten vorwärts.	Liebe Zuschauer, damit Sie sich ein besseres Bild machen können, zwei Mal kurze Lebensläufe: Ute Vogt, in Heidelberg geboren, hat Jura und Verwaltungswissenschaften studiert, arbeitete dann als Rechtsanwältin in Pforzheim, war JuSo-Vorsitzende und Stadträtin in Wiesloch. Seit 1994 ist Ute Vogt im Bundestag, im letzten Jahr wurde sie zur Landesvorsitzenden der SPD gewählt. In Berlin - ist
00:07:30		sie Vorsitzende des Innenausschusses. Die Kollegin Däubler-Gmelin, die Bundesjustizministerin,

	sagt über Ute Vogt, „Sie ist klug -- und sie beißt.“ Über den ersten Mann in Baden-Württemberg äußert sich Ute Vogt, „Teufel ist nicht der richtige Ministerpräsident für ein High-Tech-Land.“ Frau Vogt, was reizt sie an dem Job hier in Baden-Württemberg, ^ in Berlin haben sie ja - eine relativ sichere Stelle. Ja, aber es reizt mich, - diesem Land - den entscheidenden Kick zu geben, um
00:08:00	sich auch weiter zu entwickeln. Ich glaub, dass bei uns in der Vergangenheit einiges ganz ordentlich lief, manches nicht gut, da können wir im Laufe des Abends drauf kommen, aber dass das Entscheidende ist, dass wir für die Zukunft auch anerkennen müssen, dass sich die Welt verändert hat und dass wir, wenn wir in Baden-Württemberg bestehen wollen, uns nicht beleidigt in die Ecke setzen dürfen, der gleichermaßen, sagen wir mal die Verbundenheit mit der Heimat und die Bez^...den Bezug zu High-Tech-Standort, zu exportorientiertem
00:08:30	Bundesland, zu einem weltoffenen Bundesland herstellt und ich glaub, da wär ich genau die Richtige, die diese - vielfältigen Eigenschaften unseres Landes repräsentieren kann.

		Herr Teufel, wir kommen gleich zu Ihren Eigenschaften, aber Herr Teufel wurde in Rottweil geboren, studierte an der Verwaltungsfachschule in Haigerloch, war jüngster Bürgermeister Deutschlands in Spaichingen, war viele Jahre im Landesvorstand der Jungen Union, ist seit 1972 für die CDU im Landtag, war Staatssekretär, war seit 1978 13 Jahre lang Fraktionsvorsitzender
00:09:00		und wurde 1981 Ministerpräsident und CDU-Landeschef, nachdem der Vorgänger Lothar Späth, wie wir alle wissen, an der Traumschiffaffäre scheiterte. Glaubwürdigkeit, Sachlichkeit und Bodenständigkeit sind die Eigenschaften, die die Öffentlichkeit mit Erwin Teufel verknüpft. Er sagt über seine Herausforderin: „Im Alter der Frau Vogt war ich schon 10 Jahre früher Bürgermeister und schon 2 Jahre Mitglied der Landesregierung.“ Herr Ministerpräsident, mit 61 gehen andere in die verdiente Rente, in den Ruhestand – warum wollen Sie es nochmal wissen?
00:09:30	Jugend ist kein Verdienst und Alter ist kein Verdienst. Ich glaube, ich sehe in diesem Amt weiterhin eine Aufgabe. Ich will Baden-Württemberg voranbringen. Ich will, dass dieses Land an der Spitze bleibt. Ich will,	

	dass dieses Land nicht nur im Jahr 2000 das Land Nr. 1 in Deutschland ist und eine der führenden Regionen Europas, sondern ich möchte jetzt sehen, die Grundlagen dafür legen, dass Baden-Württemberg im Jahr 2010 diesen Spitzenplatz hat.	
00:10:00	Zukunft für die junge Generation, Zukunft für die Bürger, was die Landesregierung tun kann, soll geschehen, damit jeder Baden-Würtemberger mehr aus seinem Leben machen kann.	Es gibt ja eine Fülle von Themen, wir haben gerade eines angesprochen in Sachen Klimmt, was die Leute hier im Land bewegt, was direkt oder auch indirekt mit der Landespolitik zu tun hat. Fangen wir doch mal an: Rindfleisch, Rindfleischverzehr geht zurück, die Verbraucher sind verunsichert. Herr Teufel, müssen wir die Grenzen zu machen, sollen der Import
00:10:30	Gegen den Willen Baden-Württembergs hat die Bunderegierung wieder den Import von Rindfleisch aus Großbritannien zugelassen. Jetzt sieht man, was das bedeutet: 1000 Fälle in einem Jahr in Großbritannien, 70 Menschen sind bereits gestorben. Wir haben als	von Rindfleisch zum Beispiel aus Frankreich, zum Beispiel aus England verboten werden?

	Landesregierung eine Bundesratsinitiative ergriffen, jetzt, als erstes Land. In der nächsten Bundesratssitzung wird darüber entschieden.	
00:11:00	Wir möchten ein Importverbot für britisches und französisches Rindfleisch. Schutz unserer Verbraucher geht vor - allen anderen - politischen Zielen.	Frau Vogt, würden Sie das auch wollen? Ich finde das eine richtige Auffassung, dass man sagt, man muss den Import stoppen, solange nicht gewährleistet ist in den entsprechenden Herkunftsländern, dass dort auch die richtigen Untersuchungen stattfinden. Ich würde aber, wenn ich jetzt hier im Land Verantwortung hätte, sofort zwei Dinge machen. Das eine ist - eine große Kampagne für baden-württembergisches Fleisch. Wir haben ja schon eine gute, einen guten Ansatz, muss man ja sagen, für die Produkte aus Baden-Württemberg, aber ich würde sagen, das muss jetzt ganz schnell raus, dass man sagt, dann kauft, Leute, hier, bei denen, die es hier im Land produzieren. Und als zweites gehört natürlich dazu, dass man das macht, was jetzt die Ministerin langsam anfängt, nämlich dann auch in Baden-Württemberg zu kontrollieren. Wir haben

	bislang null BSE-Fälle, das ist ja Gott sei Dank erfreulich, aber in Frankreich hat man die BSE-Fälle deshalb entdeckt,
00:12:00	weil man anfang, sehr stark zu kontrollieren. Und solche Kontrollen haben bislang nicht stattgefunden. Frau Staiblin hat jetzt ^begonnen, ^ein paar Mittel zur Verfügung zu stellen für solche Kontrollen, aber das hätte man viel früher machen können. Und das eine ist, ^den Bund auffordern, entsprechend zu verhandeln, aber das andere ist natürlich, hier im Land speziell was zu tun und das wäre unsere Verantwortung. (uv) Kontrolle aller Tiere - wäre das was? Ja selbstverständlich, sogar mit Knopf im Ohr, damit ^die Herkunft jedes Tieres bekannt ist,
00:12:30	wird gemacht in Baden-Württemberg - woher weiß denn eigentlich Frau Vogt, dass wir keinen BSE-Fall haben? Sie weiß es ausschließlich, ^weil wir ^in Baden-Württemberg alle Tiere kontrolliert haben und sich bisher Gott sei Dank noch kein einziger Fall herausgestellt hat. Und seit acht Jahren haben wir das Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg und werben für baden-württembergische Produkte, die im Land ^erzeugt werden und auf die

00:13:00	sich die Verbraucher verlassen können. Wir haben den flächendeckenden Test bei allen Tieren, die im Land geschlachtet werden.	Aber wir haben doch noch nicht den flächendeckenden Text, wo jedes Tier – egal, ob importiert oder aus dem Land – jetzt nochmal sozusagen getestet wird für 60 bis 100 Mark, das ist ja auch nicht ganz billig. Also, dann verstehe ich nicht, warum die Frau Ministerin dieser Tage eine Pressemitteilung herausgegeben hat, bei der sie verkündet hat, dass sie ^jetzt eine größere Summe zur Verfügung stellt, damit bei allen Tieren, die einen Todesfall haben, untersucht werden
00:13:30	Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir aus 14 Untersuchungsanstalten vier ganz leistungsfähige Anstalten gebildet haben und dass selbstverständlich jedes Tier untersucht wird, dass im Land geschlachtet wird. Das Problem ist, dass wir immer noch Importe haben, wo das	kann, an was sie gestorben sind. Also dann bräuchte sie ja nicht so eine Erfolgsmeldung machen, dass es jetzt so ein Programm gibt, wenn es so wäre, wie Sie sagen, dass es das die ganze Zeit gäbe. Also für was stellt sie dann die vielen Millionen zur Verfügung?

00:14:00	Herkunftsland nicht bekannt ist, weil kein Zwang besteht, dass beispielsweise britisches Rindfleisch als britisches Rindfleisch, dass belgisches Rindfleisch als belgisches Rindfleisch ausgezeichnet wird. Und deswegen, wenn man sicher gehen will, dann bitte sich an baden-württembergische Produkte halten.	Also, halten wir mal fest: Aufruf für baden- württembergische Produkte. Wir springen jetzt mal vom Thema her, aber es hat ja auch einiges andere auch diese Woche hier uns im Lande bewegt, beispielsweise hat das Kabinett einen Gesetzentwurf
00:14:30	Die FDP hat aber den Gesetzentwurf mit^beschlossen, ^Ich möchte ^Ihnen sagen, dass wir in Baden- Württemberg im sichersten aller 16	^entworfen ^in Sachen Videoüberwachung. Videoüberwachung an Verkehrsknotenpunkten. ^Ist das nötig? Tut das nicht andererseits, einerseits vielleicht ein bisschen die Sicherheit der Bürger ^erhöhen, aber andererseits ^die FDP, die Grünen sagen, da geht es auch um die Persönlichkeitsrechte und wir werden so eine Art Überwachungsstaat. Die Grünen.

00:15:00	deutschen Länder leben. ^In unserem Land haben wir die niedrigste Kriminalität und wir haben die zweithöchste Aufklärungsquote von Verbrechen. Das erste spricht für die Rechtstreue unserer Bürger und das zweite spricht für die Qualität unserer Polizei. Wir haben eine ganz ausgezeichnete Landespolizei. Der Polizei muss man aber auch die entsprechenden Instrumente geben, das heißt, die entsprechenden Gesetze - deswegen die Möglichkeit zur Videoüberwachung. Wir sind das erste Land, wir gehen auch
00:15:30	in dieser Frage voran, um die Sicherheit unserer Bürger zu erhöhen. Und man muss der Polizei auch die entsprechende Besoldung geben und man muss der Polizei auch den entsprechenden Rückhalt geben von Seiten ^der ^Politik. Schauen Sie, wir haben gegen die SPD vor vier Jahren – wir wollten es viel früher, während der großen Koalition, ein Gesetz gemacht für sogenannte ‚ereignisunabhängige Kontrollen‘ im Land. Jetzt, das war erste
00:16:00	Gesetz dieser Legislaturperiode, weil die SPD nicht mitgemacht hat. Jetzt will ich Ihnen sagen, was der Erfolg ist, in diesen vier Jahren. Neuneinhalbtausend steckbrieflich gesuchte Täter wurden in diesen ereignisunabhängigen

	Kontrollen im Land festgenommen. 12.000 zusätzlich Gesuchte wurden festgenommen, Waffen, Rauschgift – wurde beschlagnahmt, für 16.000 wurde der Aufenthalt überhaupt
00:16:30	festgestellt, obwohl sie keinen festen Wohnsitz hatten. Das alles gäbe es im Land nicht, diese 9.000 hätten wir nicht festgenommen, gäbe es die ereignisunabhängigen Kontrollen nicht. Es gibt sie nur in von der CDU geführten Ländern, dass wir also das sicherste Land sind in Deutschland, das hat mit unserer Politik zu tun. Frau Vogt, alles paletti in Sachen Sicherheit? Ich finde es immer spaßig, weil der Herr Ministerpräsident immer überall der Erste sein möchte und das auch immer betont, aber ^also zum Beispiel bei Videoüberwachung
00:17:00	hat Berlin ein Gesetz, hat Nordrhein-Westfalen ein Gesetz. Und ich finde es auch nicht entscheidend, ob man jetzt immer sagen kann, ‚ich war hier und da der Erste‘, sondern entscheidend ist, was steckt inhaltlich drin? Und ich finde es wichtig, wenn man jetzt zum Beispiel Plätze und Orte überwacht, wo die Menschen wirklich gefährdet sind, wo man zum Beispiel in U-Bahn-Schächten oder ^oder in ^U-Bahn-Bahnhöfen oder

	auch auf auf^ gefährlichen Plätzen tatsächlich auch eine Videokamera installiert. Ich halte es aber für ein Problem und das ist auch^ der Inhalt des baden-württembergischen
00:17:30	Gesetzes jetzt, wenn man praktisch möglich macht, dass überwacht wird, ohne dass die Leute die Sicherheit haben, dass Polizei auch eingreifen kann. Und es ist eine Scheinsicherheit, die dann vielfach gegeben wird, wenn man an einem Platz eine Kamera positioniert, die Leute sagen, ‚naja, das ist ja überwacht, da bin ich gesichert‘. Dann passiert irgendwas und es ist überhaupt nicht möglich, dass sehr schnell dann zum Beispiel Polizei da ist. Deshalb sage ich, dort, wo es wirklich ^brenzlich ist, wo aber auch Polizei sehr nah ist und eingreifen kann, auch
00:18:00	an Bahnhöfen zum Beispiel, ist es total richtig und notwendig. Aber wenn man anfängt, jetzt an allen öffentlichen Plätzen jetzt so eine Scheinsicherheit zu schaffen, dann würde ich sagen, wäre es doch wesentlich geschickter, dieses Geld zu nehmen und stärker auch für Polizeipräsenz zu sorgen. Wir haben damals und jetzt muss ich auch sagen, zur ^ zum Thema Sicherheit im Land - wir sind ja froh, dass wir da eine gute Bilanz haben,

[(uv) das sicherste Land
[(uv)

[(uv)	[(uv) natürlich, das sind wir, das haben wir gesagt, da freue ich mich ja auch, ich lebe ja auch hier gern. Aber es gehört auch zur
00:18:30	Ehrlichkeit dazu, wenn Sie die große Koalition nennen, das, was da an Initiativen kam, die kommunale Kriminalprävention, die ein ganz vielen Städten und Gemeinden wirklich die Ursachen der Kriminalität angegangen hat und nicht erst hinterher versucht hat^, irgendwo zu reparieren, das war Frieder Birzele, der sozialdemokratische Innenminister, der unglaublich viel angestoßen hat, der dafür gesorgt hat, dass Polizei entlastet wird von Verwaltungsaufgaben, stärker auf die Straße kann und das ist das Sicherheitskonzept, das wir
00:19:00	richtig finden. Lieber die Polizisten und Polizistinnen da haben auch zum Eingreifen und nicht nur mit Kameras und ich muss sagen, manchmal regen sich die Leute auf über Big Brother, wo sich junge Menschen freiwillig und mit ihrer Zustimmung in so einen Container begeben, ich würde es nicht machen, aber es machen Einige, aber gleichzeitig sind es die gleichen Leute, die dann überall meinen, jetzt kann man Videokameras aufhängen. Man muss sich mal überlegen, was es bedeutet, wenn es möglich ist, überall, wo sich jemand

00:19:30	Nein, nein, ach was. (uv) Nur in den Städten und auch nur dort, wo es die Stadt will, nicht vom Land aus angeordnet und nur auf den Plätzen, wo es die Stadt will. Also das ist an wenigen Brennpunkten, wo auch Verbrechen ^geschehen, im Interesse der Sicherheit der Bürger notwendig. Aber Frau Vogt, warum geben Sie	begegnen kann, auch immer die Möglichkeit zu haben, eine Kamera gehört dazu. Also wenn ich über den Marktplatz laufe, kann man dann nachvollziehen, wer läuft mit wem, wann da rum. [Überall, Herr Teufel, soll es überall sein? [Nee, überall nicht, aber an öffentlichen Plätzen schon.
00:20:00	unseren Polizeibeamten nicht die Besoldung, die Ihnen zusteht. Warum sind Sie nicht dafür, dass Beamte zum gleichen Zeitpunkt jetzt die Besoldungserhöhung bekommen wie Angestellte. Warum, warum bekommt der Chefarzt, der im Angestelltenverhältnis ist^, von Ihnen ^die Erhöhung des Tarifes, aber der Polizeibeamte des Mittleren Dienstes und des Gehobenen Dienstes, ^den ^speisen Sie ab mit einer verspäteten Anpassung. Sagen Sie mir einmal,	
00:20:30	warum Sie im Bundestag gegen diese Besoldungsanpassung gestimmt haben.	Also Herr Ministerpräsident, ich habe nicht gegen diese Besoldungsanpassung gestimmt, weil die

	Besoldungsanpassung noch gar nicht im Bundestag abgestimmt worden ist. Es ist noch nicht mal das Gesetz an den Innenausschuss übergeleitet, sondern es gibt inzwischen lediglich die Eckpunkte des Bundesinnenministers, der festlegt, dass die Besoldung wie sie im Öffentlichen Dienst wird ^{ist}, angepasst wird jetzt auch für die Beamtinnen und
00:21:00	Beamten. Es ist sicher richtig, aus meiner Sicht wäre es auch schön gewesen, hätte man das schon früher anpassen können. Aber man muss auch sagen, wir haben einen guten Kompromiss gefunden, dass wir zum Beispiel Einmal-Zahlungen nochmal zusätzlich auch für dieses Jahr noch mal an diejenigen geben in den unteren Gehaltsstufen und dass dann ab dem kommenden Jahr entsprechend angepasst wird. Und wissen Sie, Sie machen es sich da ein bisschen leicht. Man kann sich dann hinsetzen, kann sagen, die Bundesregierung wird das ohnehin entsprechend ausverhandeln und
00:21:30	es wird dann im Bund beschlossen. Ich kann dann dagegen sein, kann aber sagen, ich freu mich natürlich auch, dass mein öffentlicher Haushalt diese Kosten nicht leisten muss. Und [^], es ist einfach [^]ne

		eine Frage der Fairness, dass Sie dann dazu sagen, dass die vergangenen Bundesregierungen das in keinem Deut anders gemacht haben, dass auch unter Helmut Kohl oder unter Kanter in dem Fall, es immer so war, dass es eine sehr lange, verzögerte Anpassung gibt. Es ist nicht besonders gut,
00:22:00	[Einen Satz, darf ich? Einen Satz, nämlich, dass Frau Vogt sagt, ich würde mich freuen über die spätere Anpassung, denn wir würden dann ja Geld sparen. Wir haben als Landesregierung beschlossen, dass wir den Beamten das, was ihnen der Bund jetzt nicht gibt, aus Landesmitteln in vollem Umfang an anderer Stelle geben.	aber es gibt auch einen Grund dafür. Im Bund haben wir es geschafft. [Da haben wir es... [Ja, Sie haben die Mittel eingestellt, das weiß ich, ja. [Darf ich da jetzt mal reingreifen, weil ich finde, die Bundespolitik der Vergangenheit, ^ich glaube, der große Dissens, was die Landespolitik...einen Satz nur noch, dann möchte ich ganz gern weitergehen.
00:22:30	Schauen Sie, wir haben eine Bahnreform gemacht, ^vor	Das Land ist weiterhin gefragt. Kommen wir zu dem Punkt Verkehr, wir haben es vorhin schon angesprochen. ^Im Land wird demonstriert, die Interregio-Züge sollen erhalten bleiben, beispielsweise die nach Konstanz, ^die nach Lindau im Süden des Landes. Herr Teufel, sollen die bleiben und springt das Land hier unter Umständen ein?

	fünf Jahren. Die beiden Verhandlungspartner der Länder waren der
00:23:00	hessische Ministerpräsident Eichel und der baden-württembergische Ministerpräsident, der vor Ihnen sitzt. Wir haben ein faires Verfahren gehabt und einen fairen Ausgleich. Wir haben den Nahverkehr und den Regionalverkehr vom Bund übernommen. Dafür haben wir das Geld bekommen, dass der Bund bis dahin für den Regionalverkehr ausgegeben hat. Wir haben etwas daraus gemacht. Mit dem gleichen Geld haben wir den Verkehr, den Nahverkehr und Regionalverkehr in Baden-Württemberg um 38 Prozent gesteigert.
00:23:30	Aber der Bund hat den Fernverkehr einschließlich des Interregio-Verkehrs behalten und er hat das Geld dafür behalten. Und jetzt kann sich doch der Bund nicht einseitig – aus seinen Verpflichtungen – verabschieden. Also ich habe das Thema in der Ministerpräsidentenkonferenz zur Sprache gebracht. Alle 16 Ministerpräsidenten, auch alles sozialdemokratischen Ministerpräsidenten sagen, das ist ein unmögliches Verfahren. Und damit sie jetzt auch im Bundesrat abstimmen
00:24:00	können, bringen Baden-Württemberg und Bayern ein Gesetz ein im Deutschen Bundesrat, das den Bund verpflichtet, auf der Basis des

	Grundgesetzes den Interregio-Verkehr aufrecht zu erhalten und den Fernverkehr sicher zu stellen. Und ich denke, dass die Parteien, die ständig sagen, man müsse die Schiene vor der Straße bevorzugen, dass die sich auch dafür einsetzen. Ich wäre also dankbar, wenn Frau Vogt im Deutschen Bundestag, wo sie sitzt, sich auch für die Erhaltung des Interregio-Verkehrs einsetzen würde.	
00:24:30	Frau Vogt? Ja, es wird fast ein bisschen langweilig gerade, weil wir immer einer Meinung sind. In diesem Punkte hat die SPD-Landtagsfraktion – wie Sie eigentlich wissen müssten – Ihren Antrag einstimmig unterstützt und unterstützt dieses Anliegen auch in Richtung Berlin. Und es ist ja so, dass wir in Berlin im Moment schwierige Diskussionen haben um die Bahn-Reform, gerade weil da nun auch viele Jahre Vieles zugeschüttet und verdeckt worden ist, was es an Problemen gibt und wir haben auch im Vorgriff darauf auch schon	
00:25:00	[Für Investitionen. gehandelt. Es gibt nun zwei Milliarden Mark mehr für die Bahn im Moment, die schon eingestellt worden und bereitgestellt worden sind, für Investitionen und man ist im Moment im Rahmen des Sanierungsprogramms dabei, da noch mehr zu tun. Es ist klar, der	

	[Ja erhalten Sie jetzt den Regionalverkehr?	Verkehrsminister hat es schon zugesagt und es ist natürlich so, dass ^diese Zusage auch gilt, wenn er als Person nicht mehr im Amt ist, sondern für seinen Nachfolger. Und an diesem...an diesem Thema ^haben Sie mich an Ihrer Seite und Sie, wie gesagt, Sie müssten es an sich auch wissen, weil
00:25:30	Ja nur entscheidet es ja nicht der Landtag, sondern entscheidet die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag und deswegen interessiert mich schon, ^ob die Landesvorsitzende der SPD, die ja im Bundestag ist, sich in dieser Frage durchsetzt oder nicht. [Das interessiert die Bürger.	zumindest im Landtag das Abstimmungsverhalten da auch ganz eindeutig war. [Ja, aber jetzt glauben Sie doch nicht, dass der [Ja. Ich sage Ihnen, wenn dieser Antrag da sein wird, dann ist es doch selbstverständlich, dass ich kein anderes Abstimmungsverhalten haben werde als meine Landtagsfraktion. Ich kann doch nicht als Landesvorsitzende sagen, ,ich
00:26:00	[Sie müssen Ihre Fraktion (uv), in Berlin müssen Sie aufstehen. [Ja der ist doch da.	mach' mit der Landtagsfraktion zusammen 'ne gemeinsame Politik' und verhalte mich dann anders. Ich bin da in dieser Frage sehr glaubwürdig. Und... Lieber Herr Teufel, - ich glaube, dass es wirklich - von Ihnen jetzt versucht wird, einen Widerspruch aufzumachen, der nicht da

	[Ja der Bund stellt doch den Verkehr ein.	ist. Es gibt von uns die einsei...eindeutige Zusage, es gibt die eindeu...das eindeutige Abstimmungsverhalten und dieses Abstimmungsverhalten der Landtagsfraktion gilt für mich und gilt natürlich
00:26:30	[(uv) [(uv) [Frau Vogt. Frau Vogt, den Bürger in Ulm, in Ravensburg, in St. Georgen, in Konstanz, in Heilbronn, den interessiert doch bloß, ob ab dem 1. Juli des nächsten Jahres die Interregio-Züge noch fahren oder ob sie nicht fahren. Fahren	selbstverständlich für mein Verhalten in Berlin, weil ich nicht entgegen von anderen es so mach, dass ich hier das erzähle und dort mal das andere, sondern halt wirklich jemand bin, der das, was er macht, was er sagt, dann auch tut und deswegen mache ich das selbstverständlich in Berlin. [Richtig, wir werden
00:27:00	sie noch? [Aber Sie haben doch die Mehrheit, Ihre Partei und die Grünen.	Ich setze mich dafür ein, dass sie fahren. Das kann ich jetzt zum dritten Mal wiederholen und es wird natürlich so sein, dass dieses eine Mehrheit braucht beim Deutschen Bundestag und bei der Bundesregierung und dem Bundesrat. Ich kann allein diese Mehrheit nicht herstellen, das wissen Sie als ^langjährig erfahrener Parlamentarier auch. Aber ich für meine...Ich für meine Person kann eine Zusage machen und die habe ich gemacht. Und zu der stehe ich und an der werden Sie [Wir gehen mal weiter, von den...

	mich messen können – anders als man manchmal andere an Ihren Worten messen kann.	
00:27:30		Von der Strecke sozusagen zu dem Bahnhof und die Strecke, Stuttgart 21. Wenn Sie Ministerpräsident würden, Ministerpräsidentin natürlich, ^würden Sie sich dann einsetzen a) – davon gehe ich mal aus, aber es geht ja auch darum, dass das Land einiges noch vorfinanziert. Das ist ja der Streit zwischen Bund und Land beim Bahnhof, da fehlen noch so ein paar hundert Millionen und da sagt der Bund und sagt die Bahn, das soll das Land bezahlen. ^Würden Sie das machen? Ich finde, dass man
00:28:30	eine gemeinsame Lösung braucht und ich habe auch den Eindruck, dass wir das schon hinkriegen ^noch vor der Landtagswahl, dass also dieses eine Aufgabe wäre, die ich nicht als Ministerpräsidentin erledigen müsste, sondern wo wir die Weichen voraussichtlich früher stellen können und es ist ja so, dass wir im Moment schon von Bund und Land uns aufeinander zu bewegen. Und ich glaube, wenn man was erreichen möchte, dann muss man das grundsätzlich so tun, dass man auch bereit ist, in Verhandlungen nachzugeben und im Moment sind wir an einem Punkt, wo sowohl das Land	

	als auch der Bund gesagt haben,	
00:28:30	,wir sind bereit, aufeinander zu zugehen'. Es wird jetzt einen nächsten Termin geben mit dem neuen Verkehrsminister, der aber von der Sache her informiert ist, mit dem ich regelmäßig, als er auch Staatssekretär war schon das Thema Stuttgart 21 besprochen habe und ich bin da sehr zuversichtlich, dass es uns gelingt, eine Lösung zu bekommen. [So ist das, genauso ist das. Schauen Sie, das ist alles gelaufen und zwar völlig	Aber Herr Teufel, es gibt immer wieder Termine, das zieht sich ja ewig und 20 Milliarden ist das Bahndefizit, sind Sie noch optimistisch?
00:29:00	im Zeitrahmen. Und bereits mit 500 Millionen Mark, die ausgegeben worden sind bis zum Regierungswechsel in Bonn, jetzt in Berlin. Und genau seit zwei Jahren ist nicht nur der Wurm drin, sondern seit zwei Jahren ist Totalstagnation. Es ist keinen Meter mehr weitergegangen. Und Frau Vogt hat gerade über ^Wendlingen-Ulm gesprochen, denn dort gibt es eine Vorfinanzierung, sie hat aber nicht auf Stuttgart 21 geantwortet, wir haben Stuttgart 21	[(uv)
00:29:30	und man würde viel besser Baden-Württemberg 21 sagen, denn 40 Prozent des Verkehrs in Baden-Württemberg hängt von diesem Projekt ab. Hat fünf Partner und fünf	

	Unterschriften, darunter auch die Unterschrift des Bundesverkehrsministers und jeder muss sich an geschlossene Verträge halten. Und Stuttgart 21 ist finanziert und zuletzt hat gestern auf einer Pressekonferenz in Berlin, im Beisein des Bundesverkehrsministers der Bahnchef Mehdorn gesagt,	
00:30:00	„Jawohl, wir sind mit dem Land einig, die Bundesbahn ist an der Seite des Landes Baden-Württemberg in dieser Frage.“ Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, er hat auch gesagt, die Finanzkrise der Bahn hat mit Stuttgart 21 nichts zu tun. (uv) [Das bezieht sich, nein, nein, nein, nein nein Das, was Sie sagen, mit dem Vorziehen,	[Aber er hat doch auch gesagt immer wieder, ^,wenn ihr das haben wollt, dann muss das Projekt vorgezeg...vorgezogen werden und dann muss das Land noch ein bisschen bei dem Bahnhof drauflegen.
00:30:30	bezieht sich ausschließlich auf die Schnellbahntrasse, auf die wir gleich kommen können, wenn Sie wollen, ^jetzt rede ich über Stuttgart 21. Stuttgart 21 zahlt die Bahn überhaupt nichts drauf, denn ihren Anteil bekommt sie durch den ^Verkauf von Grundstücken, hier hat die Stadt Stuttgart klare Zusagen gemacht. Sie hat nicht einmal das Geschäft des Verkaufs. Der Bund ist mit 900 Millionen dabei, mit 900 Millionen, die er sonst bezahlen müsste für die Sanierung des jetzigen	

	Bahnhof Stuttgart,	
00:31:00	wenn Stuttgart 21 gar nicht kommt. Und dieser Betrag war völlig unstrittig, auch bei der neuen Bundesregierung. Der Herr Klimmt hat mehrere Interviews gegeben, im Landtag hat die SPD-Landtagsfraktion gesagt, völlig unstrittig, sie hat die Briefe des Bundesverkehrsministers, die sie mir auch geschickt hat, da haben^der Herr Mosdorf war im Auftrag des Bundesverkehrsministers bei der Verkehrskonferenz, hat diesen Betrag zugesagt und jetzt, nach zweijährigen Verhandlungen, kommt in der letzten	
00:31:30	Besprechung der Bund und sagt, ,Er will nicht nur eine Vorfinanzierung für Stuttgart-Ulm, sondern er will auch eine Vorfinanzierung dieses Betrags von 900 Millionen Mark', die er schon fünf, sechs Mal unstrittig gestellt hat und ich kann nur sagen, dann scheitert das Projekt, denn das Land Baden-Württemberg kann nicht den doppelten Betrag ausgeben. Stuttgart 21 ist finanziert, keine Mark Kostenüberschreitungen. Die Bahn ist auf unserer Seite, die Bundesregierung muss springen,	
00:32:00	und es muss doch endlich die Landesvorsitzende der SPD sich bei der Bundesregierung einsetzen und zeigen, ob sie ein bisschen Gewicht hat in Berlin oder nicht.	[Die Bundesregierung muss springen, ein Wort noch zur Bundesregierung? [Also... Ich kann Sie gern das

[(uv)	nächste Mal mitnehmen, wenn ich ^beim Verkehrsministerium zu diesem Thema bin. Ich bin dort^nahezu jede Woche gewesen in der letzten, in der letzten Zeit, um genau in diesem Bereich zu verhandeln, was man tun kann. ^Ich pflege nur, die Dinge nur dann an die große Glocke zu hängen, wenn sie erreicht worden sind und nicht vorher furchtbar viel Wind zu machen und es ist so,
00:32:30	dass wir in der Tat das Projekt ja nicht trennen können, der Bahnhof und die Ausbaustrecke hängen ja auch miteinander zusammen und die Bahn hat ganz klar gesagt, 2011 hat sie dieses Projekt eingeplant und wir [(uv) versuchen ja deshalb uns zu einigen, damit wir früher finanzieren können. Und es geht ja nicht darum, jetzt ^zu sagen, der Bund drückt sich davor, sondern es geht nur noch um die Frage, in welchem Zeitraum, wann die Vorfinanzierung dann zurückgezahlt werden muss. Insofern ist es auch nicht ganz richtig, dass die Bahn sagt, von ihr
00:33:00	aus, es könnte alles sofort anfangen, sondern nach den Planungen der Bahn 2011. Und der andere Punkt ist, dass wir bei dem, bei dem Thema Stuttgart 21 einfach jetzt eine Bewegung haben und ich hab^ erlebt, auch selbst erlebt^, dass es da Gespräche gibt, wo sich

	der Bund auch bereit erklärt, da weiter auf das Land zuzukommen und ich hab... das Problem ist nur, dass wir, dass wir nicht rangehen können bei dem Thema, dass wir sagen können, der Bund soll	[Okay. [Ich glaube, wir können es auch nicht lösen.
00:33:30	allein immer derjenige sein, der da die Verantwortung übernimmt, sondern es gehört wirklich dazu, selbst wenn man die Interessen des Landes vertritt, dass man immer beide Seiten auch anhört und es kann nicht sein, dass man immer nur versucht, eine Seite jetzt nur als schwarzen Peter hinzustellen. Ich glaub, die Leute haben das wahnsinnig satt und das Entscheidende ist, dass wir uns darum bemühen, gemeinsam jetzt darum bemühen, dass das Ding jetzt läuft und jetzt nicht immer nur hin und her schieben, ^wer jetzt Schuld ist. Wie gesagt, die Bahn hat 2011 eingeplant, wir sorgen dafür, dass es früher kommt und was Sie machen könnten,	
00:34:00	Herr Teufel, wäre natürlich, dass Sie zum Beispiel mit Bayern verhandeln, weil wir in wahnsinniger Konkurrenz stehen Verkehrsprojekten Bayern. Wenn man zum Beispiel München-Freilassing, das Projekt, zurückstellen würde, hätte die Bahn selbst die Möglichkeit, unsere Strecke auch ein	zu [Dass man da ein Projekt in zurücksteht, richtig.

	Stückchen noch mit vorzuziehen, also das wäre auch eine Frage, wie wir uns zum Beispiel auch gegenüber Bayern durchsetzen, weil die Gespräche, die laufen, laufen immer mit Bayern, Baden-Württemberg und dem Bahnchef Mehdorn und dem Bund, so dass man auch da ein bisschen versuchen müsste, vielleicht von baden-württembergischer Seite	
00:35:00	auch da so ein bisschen sich hinzustellen und zu sagen, es geht nicht immer nur darum, dass man da den Stoiber machen lässt und voran gehen lässt, sondern, man sagt, auch gegenüber Herrn Stoiber kann ich mal ^einen Strich ziehen. Also, jetzt hat ^Frau Vogt über die Strecke von Wendlingen nach Ulm gesprochen. Und da hat sie einen sehr wichtigen und sehr richtigen Satz gesagt. Sie sagt, ‚die Bahn hat ab 2011 das Geld.‘ Wir wollen, dass früher gebaut wird. Und das ist ja	Wäre das ein Vorschlag, Herr Teufel?
00:35:00	der einzige Grund, warum wir eine Vorfinanzierung angeboten haben, obwohl das ja ganz eindeutig eine Bundesaufgabe ist. Es ist eine Bundesbahnstrecke. Das ist mir sehr wichtig und möchte ich deshalb gerne festhalten, was Sie gerade gesagt haben, Frau Vogt. Denn wir haben ja das Jahr	[(uv)

	2010, bis zu dem wir vorfinanzieren wollen, nicht gegriffen von Seiten des Landes mit unserem Angebot, sondern wir haben uns gestützt auf diese Aussage ab 2011	
00:35:30	Ist das Geld da. Und im Augenblick will der Bund von uns eine Vorfinanzierung, die über das Jahr 2010 hinausgeht. Und deswegen ist mir die Aussage von Frau Vogt so wichtig, dass sie sagt, ‚ab 2011 ist Geld da‘, das ist nämlich genau auch meine Position. Und bis 2010 finanzieren wir vor und das hat mit Bayern gar nichts zu tun, als dieses, dass Bayern das gleiche Angebot gemacht hat für die Strecke ab der Landesgrenze	
00:36:00	in Neu-Ulm bis nach Augsburg. Wir arbeiten also Hand in Hand und wir lassen uns auch nicht auseinanderdividieren. Wir führen die Gespräche miteinander. Also, verehrte Frau Vogt, der Bund braucht für die Strecke Wendlingen-Ulm nichts anderes als ‚Ja‘ zu sagen zur Vorfinanzierung.	[Okay Herr Teufel, lassen Sie mich ein bisschen weitermachen, weil wir uns an der Bahn jetzt einfach verknapsen. Wie viel Straßen brauchen, brauchen wir, wie viel neue Straßen? Wir könnten natürlich viele neue Straßen brauchen, aber was wir vor allem brauchen, ist ^, dass wir eine Priorität setzen,
00:36:30	wo die Landesregierung sagt, dies, was die wichtigsten Achsen für das Land sind. Und^ wir haben im Bund recht viel getan jetzt für Baden-Württemberg	

	und jetzt sage ich mal, das war nicht unbedingt der Erfolg derer, die hier in den Landesministerien sitzen, sondern wir haben oft auch als Bundestagsabgeordnete in Baden-Württemberg unheimlich viel verhandelt und unheimlich viel auch an Straßen mitteln bekommen können. Wir haben ja jetzt gerade geschafft, bei dem Zukunfts-Investitions-Programm, wieder zusätzliche
00:37:00	Millionen für das Land auch zu bekommen. Wir haben über 300 Millio...372 Millionen, die zur Verfügung stehen, als neue Investitionsmittel, zum Beispiel für 15 weitere Projekte im Land, wir haben noch mal 125 Millionen bekommen, als der Bund keine globalen Minderausgaben machen musste und wir haben zusätzlich über 7 Millionen Mark Anti-Stau-Programm, alles für Baden-Württemberg. Und jetzt sage ich mal, das war jetzt wirklich was, wo ich ein bisschen bedauert habe, dass jetzt die
00:37:30	Landesregierung dann her geht und jedes Mal, wenn Bund Geld gibt und auch Projekte unterstützt, dass dann die Landesregierung sich hingestellt hat und sich beklagte, dass es nicht noch mehr gibt und jetzt haben wir, wenn Sie jetzt, sagen wir mal, Ihrem Enkel eine Eisenbahn schenken, zwei Quadratmeter Fläche,

	und der sagt dann am Weihnachtsbaum, ,aber Opa, warum hast du mir denn nicht eine vier Quadratmeter große Eisenbahn gekauft, die ich auf dieser Fläche aufbaue?‘, was würden Sie dann so einem Kind sagen, als Lehre,
00:38:00	wenn man so ein Geschenk bekommt? Und das ist, was ich im übertragenen Sinne leider oft erlebt habe bei der Landesregierung, da gibt es Gelder, die wir mühsam auch aus dem Haushalt herausgeekelt haben, auch als Abgeordnete. Und die Landesregierung sagt dann, das...steckt ein und sagt überhaupt nicht mal ‚Danke‘ und sagt sofort, ‚Aber das ist alles viel zu wenig und der Bund, der benachteiligt uns.‘ Und das halte ich, ja, einfach für eine schwierige Positionierung, wenn man, wenn man was erreichen möchte bei einem Verhandlungspartner. Herr Teufel, Sie haben einfach eingesteckt?
00:38:30	Dürfen wir jetzt schön der Reihe nach und bitte getrennt über genau die Punkte reden, die Sie angesprochen haben? Ja, gerne. Wir bekommen ein normale Bundesstraßenmittel für Neubauten, zur Zeit noch dieses Jahr 200 Millionen und im Jahr 2002 108 Millionen Mark. Wir können damit nicht einmal die begonnenen Maßnahmen fortsetzen und wir haben uns

	deshalb gerührt und haben protestiert und positive Vorschläge gemacht und haben gesagt,	
00:39:00	,das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, dass man eine ganze Legislaturperiode lang in Baden-Württemberg nicht ein neues Projekt beginnen kann.' Dann hat man die 100 Millionen bekommen, jetzt, die Sie gerade angesprochen haben und damit können wir begonnene Projekte fortsetzen. Und jetzt kommt ein Sonderprogramm für drei Jahre. Jedes Jahr 124 Millionen Mark, dafür möchte	
00:39:30	ich mich ausdrücklich bedanken. Das ist gut, denn das ist der erst Neubaubeginn, der dadurch möglich ist in Baden-Württemberg in dieser Legislaturperiode. Nun haben wir von viereinhalb Milliarden Mark planfestgestellte Trassen, dringendste Vorhaben, die alle vom Bund in die Priorität gemacht ^gebracht worden sind. Da könnte man morgen früh anfangen, wenn das Geld dafür da wäre. Jetzt können Sie sich einmal vorstellen,	[Endlich, ja.
00:40:00	bei viereinhalb Milliarden Mark planfestgestellter Trassen, was Sie da mit 124 Millionen Mark Zusatzmittel anfangen können. [Diese 14 [Diese 14	Sagen Sie doch mal, was sind denn so die Sachen, die unsere Zuschauer erwarten können in den nächsten Wochen und Monaten. Welche Trassen

	Die hat der Bund – die Frau Vogt hat vorhin gesagt, wir sollten die Prioritäten nennen – die hat der Bund festgelegt und wir haben Sie genauso aus der Zeitung erfahren	fassen wir denn an?
00:40:30	wie jeder Bürger. Die 14 Maßnahmen sind aber wichtig. Die sind wichtig, das sind Ortsumfahrungen. Aber es fehlen wichtigste Ortsumfahrungen, die nicht drin sind, darunter begonnene Maßnahmen wie beispielsweise Schwäbisch-Gmünd, die Nordumfahrung von Karlsruhe, die B311-Ortsumfahrung in Tuttlingen, der Scheibenkopftunnel, nämlich die Umgehungsstraße in Reutlingen – das sind nur Projekte, die mir so aus dem Stand einfallen, wichtigste Projekte, die nicht dabei sind.	[^ [^
00:41:00	Und: Mit den 124 Millionen Mark sind die 14 Maßnahmen gerade zu einem Drittel finanziert, zu einem Drittel finanziert. Also zwei Drittel dieser Maßnahmen sind noch nicht finanziert. Wenn man also jetzt die 14 anfängt, dann ist die Frage, wie geht denn das überhaupt weiter? Also das heißt: Baden-Württemberg ist ganz und gar unzureichend mit Mitteln bedient. Und jetzt geht es nur um Ortsdurchfahrten. Jetzt reden wir mal über Autobahnen.	
00:41:30	Beispielsweise über die Autobahn von Karlsruhe nach Stuttgart, wo der Stau wirklich die Regel und nicht mehr die Ausnahme ist. Über	

	die Hochrheinautobahn. Über die Autobahn von Heilbronn nach Nürnberg, die seit der Wiedervereinigung eine der hauptbelastetsten Strecke ist. Über die Strecke vom Weinsberger Kreuz zum Walldorfer Kreuz. Über die Strecke beispielsweise von Offenburg bis nach Neuenburg bis zum Übergang nach Frankreich. Diese Strecken müssen auf sechs Spuren gemacht werden. Da uns der Herr Wissmann
00:42:00	Sondermittel gegeben hat, die im Osten nicht verbaut werden konnten, haben wir jetzt gerade in Ihrem Wahlkreis Pforzheim-Ost – Pforzheim-West bauen können. Jetzt wird das eingeweiht in vier Wochen. In vier Wochen. Jetzt verehrte Frau Vogt, wie geht es weiter auf Ihrer Hausstrecke? Wir haben keine Mark für die Weiterführung nach Heimsheim und nach Leonberg. Der tägliche Stau, aber wirklich kilometerlang jeden Tag auf der Strecke von Stuttgart nach Karlsruhe.
00:42:30	[Wie? Haben Sie eine Mark? Dann sage ich Ihnen Dankeschön. [Okay, also zuletzt komme ich auch mal zu Wort. Und^ ach was, es ist überhaupt nicht nötig auf Betteltour zu gehen, weil gerade die Strecke von Pforzheim-Stuttgart ist im Prinzip geklärt, wie es weiter geht und im Übrigen sind das natürlich Bundesmittel. Es ist so, dass im...im..^ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Sie auch jetzt mal Danke [Also Frau Vogt, jetzt nochmal auf Betteltour in Berlin?

[Wo?	gesagt haben, werde das gerne auch in Berlin weitergeben. Wir haben ^tatsächlich jetzt für die Strecke ^Leonberg-Heimsheim schon Mittel eingestellt, im Anti-Stau-Programm eingestellt,
00:43:00	die stehen ab 2003 zur Verfügung, das wissen Sie ja auch. Und^ es ist dann noch die Zwischenstrecke Pforzheim-Heimsheim übrig. Und diese Zwischenstrecke, da fehlt es im Moment noch an der endgültigen Planfeststellung. Sobald diese da ist, ist es völlig klar, dass wir alles tun werden, um die in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Dazu muss jetzt aber die Planung endgültig fertig sein. Und da fehlt es noch an den letzten Schritten. Der Herr Bodewick, der künftige Verkehrsminister war auch mit mir schon dort,
00:43:30	hat sich das auch schon angeguckt und hat gesagt, ‚Es ist eigentlich eine logische Sache, dass man das im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes dann schließen muss‘. ^Er konnte es aber in dem Fall noch nicht endgültig zusagen, weil da ^schlichtweg die Planung noch nicht ganz erledigt ist. Ich denke aber, dass sich das in den nächsten Monaten regeln lässt. Ich wollte eine Sache doch noch ergänzen, ich weiß nicht, ob es viel Sinn macht,

		^den Zuschauerinnen und Zuschauern jetzt immer Zahlen um die Ohren zu werfen, die sie nicht nachprüfen können. Mir fiel bei einer Zahl auf, die Sie genannt haben, beim Bundesverkehrswegeplan,
00:44:00		dass Sie 80 Millionen vergaßen. Der Bundesverkehrswegeplan für 2000 beträgt 280,2 Millionen Mark für Baden-Württemberg. Und das sind sogar noch 2 Millionen mehr als das, was die Regierung unter Kohl mit Waigel zusammen eingestellt hatte für die Finanzplanung Baden-Württemberg für dieses Jahr. Insofern liegen wir über dem Soll. Und ich glaube, es gehört einfach dazu, dass man den Menschen gegenüber so ehrlich ist, dass man eben sagt,
00:44:30	[Ich mache einen Vorschlag. (uv) [Das ist für die Wirtschaft und für die Bürger von entscheidender Bedeutung.	,wir wissen, dass viel mehr Ortsumgehungen gebraucht werden als die 15, die man jetzt angehen kann.' Aber trotzdem kann man doch nicht so tun, als wäre unendlich Geld vorhanden und dann kann sich auch eine Landesregierung doch nicht hinstellen und sagen, ,aber wir wollen immer alles, und ^das finde ich, das finde ich wirklich ein Problem der Redlichkeit, ^ein anderer Punkt. [Ich habe auch einen Vorschlag. Aber ich glaube, wir sollten jetzt mal dieses ^Straßenverkehr-Straßenproblem verlassen und ein Stück weitergehen.

00:45:00	[Ich habe einen Finanzierungsvorschlag	[Aber ich würde trotzdem noch. Also da wir, Landes-, da wir Landespolitik machen. Wir sollten schon das Thema Landesstraßen nicht außen vorlassen. Also die eine Sache ist, dass man auch den Menschen gegenüber ehrlich ist, aber die andere Sache ist, dass man schon auch sagen muss, bevor ich bei einem mich beklage, muss ich immer an die eigene Türe wenden und da haben wir zumindest in der großen Koalition weit mehr investiert als wir jetzt unter Ihrer FDP-CDU-Regierung haben.	Aber ich glaube, wir können das nicht endgültig klären. Ja, ein Satz noch, bitte. [Da muss man selber was machen.
00:45:30		Wir haben ^fast 37 Prozent Mittelkürzungen, was Landesstraßenbau, was Landesstraßenausbau, -renovierung angeht. Und es sind allein, glaub 169 Straßen im Land, die wirklich ^eine Verringerung haben, Landesstraßen, die eine Einschränkung haben, eine Verkehrsbegrenzung oder sonstige Beschränkungen, weil sie schlichtweg nicht in dem Zustand sind, dass sie ordentlich befahrbar sind. Und das finde ich gehört einfach auch dazu, um das Bild zu vervollständigen und da sage ich, wenn Sie dann hier auch diese Aufgaben	
00:46:00	[Warum... Nein, nein, sie hat drei Punkte angesprochen, warum soll Frau Vogt nicht		[Herr Teufel, noch ein Satz und dann gehen wir zur Bildung.

	kritisch über den Landesstraßenbau reden und da bin ich ja gefordert, bei Bundesstraßen hat sie vorhin auch vom Land gesprochen. Da ist der Bund zuständig, aber für Landesstraßen sind wir zuständig. Frau Vogt, gerade deshalb, weil ich nicht unglaublich werden will, habe ich nicht nur dem Bund gegenüber gesagt,
00:46:30	so kann man Baden-Württemberg im Straßenbau nicht behandeln, vor allem die Wirtschaft unseres Landes und die Bürger. Sondern ich habe gesagt, wir müssen die Mittel im Landesstraßenbau aufstocken. Wir haben sie mehr als verdoppelt. Und wenn Sie, ja. Und das schönste ist, heute Mittag, verehrte Frau Vogt, ich schicke es Ihnen, das ist doch erstaunlich. Heute Mittag habe ich die Anträge mir nochmal herausgeholt, die die SPD-Landtagsfraktion bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen für diesen Haushalt [Ja von wann an? Von wann an?
00:47:00	gestellt hat. Es war drei Anträge auf Kürzungen von Titeln im Landesstraßenbau. Also Sie möchten Ihre Fraktion wohl weniger Geld ausgeben im Landesstraßenbau, als wir eingestellt haben. Also da haben Sie nicht alle Anträge gesehen. [Ich erinnere an das Stauprogramm, das die Frau Vogt angesprochen hat, als großer Erfolg ab dem Jahr 2004, wenn es denn kommt,

	ist das gute Sache. Finden Sie es eigentlich gut, Frau Vogt, Sie sind ja nicht nur Abgeordnete von Pforzheim, sondern Sie sind Landesvorsitzende
00:47:30	der SPD Baden-Württemberg. Für das ganze Land zuständig. Finden Sie es gut, dass im Anti-Stau-Programm des Bundes der gesamte Regierungsbezirk Südbaden mit keiner einzigen Mark drin ist? So beispielsweise auch die Hochrheinautobahn, mit keiner einzigen Mark. Die Strecke von Offenburg nach Freiburg und nach Mühlheim und nach Basel, mit keiner einzigen Mark. Finden Sie das gut? Die Badische Zeitung hat dieser Tage getitelt, 'das Märchen, dass^ die Bundesregierung
00:48:00	Südbaden nicht zur Kenntnis nehmen würde oder die Unterstützung versagen würde, ist hiermit entlarvt als eine pure politische Wahlkampfbehauptung.' So jedenfalls oder so ähnlich war die Überschrift zu dem Thema Verkehrspolitik in Südbaden und ^Südbaden hat einen ganz beträchtlichen Anteil jetzt bekommen bei der Verkehrsunterstützung, bei den Maßnahmen, die jetzt getätigt worden sind. Ja, ich rede von der Region Südbaden. Und ich finde,
00:48:30	dass wir dann ^jedenfalls nicht immer^ .. Sie picken sich immer die Dinge raus,

[Genau das.	wo Sie meinen, jetzt irgendwo was vorführen zu können. Aber wenn man, wenn man ein Land regieren will, dann braucht man eine Gesamtsicht auch, die dann alle Projekte anschaut und die nicht nur sagt, ‚ich verbeiße mich in das Eine oder das Andere.‘ Und das Eine, was ich schon erwarte noch von Ihnen, auch als Regierungschef, ist dass man, dass Sie gegenüber dem Bund, gegenüber dem neuen Verkehrswegeplan, zumindest eine Prioritätenliste auch machen,
00:49:00	wenn Sie hier wichtige Projekte haben, für die Sie mehr kämpfen als für andere, dann muss man auch den Mut haben, zu sagen, ‚gut, wir legen ‘ne Gesamtliste vor‘, und zwar nicht in der alles drin ist, was es gibt, sondern in der wir die Prioritäten setzen, uns aber auch vor Ort hinstellen. Und dann den Menschen sagen, ‚euer Projekt ist erst in der zweiten Priorität‘. Und das wär was, was...gut, wenn es am 25. März anders ausgeht, wir dann eben machen werden. Aber das hätte ich eigentlich in der Verkehrspolitik erwartet. Herr Teufel,
00:49:30	Frau Vogt. Ich will jetzt wirklich dazwischen gehen. Wir gehen weiter, von der Straße weg, in die Schule. Müssen mehr Lehrer eingestellt werden? Ja. Wir haben^ an unseren

	Schulen einen so großen Anteil von Unterrichtsausfall, dass ich sage, das kann ein Land, dem es wirtschaftlich so gut geht und das so gut da steht wie Baden-Württemberg, kann sich das nicht erlauben, ausgerechnet in den wichtigsten Zukunftsbereich nicht praktisch ganz konkret was zu tun. Und Sie haben^
00:50:00	jetzt gerade wieder habe ich gelesen, in Ludwigsburg, drei Gymnasien, drei Gymnasien zusammen 100 Stunden Unterrichtsausfall pro Woche. Allein in Ludwigsburg an den drei Schulen. Und dann kann man sich mal überlegen, wie das insgesamt aussieht. Wir haben massive Versäumnisse gehabt in den letzten Jahren, weil keine Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Und wir haben jetzt nicht nur die Probleme, dass zu wenig Stellen zur Verfügung stehen, sondern zum Beispiel an den Berufsschulen auch das Problem, dass wir die Lehrkräfte für die man sogar Stellen hätte, gar nicht bekommen, weil man überhaupt nicht vorbereitet war, jahrelang niemand eingestellt hat. die Leute nicht mehr zu dem Studium gegangen sind und jetzt praktisch noch nicht mal der Pflichtunterricht gewährleistet werden kann. Und das halte ich für ein ganz großes Problem. Und
00:50:30	

	da hilft uns auch eine Länderstatistik nicht. Ich weiß, Berlin ist zum Beispiel schlechter als wir, aber das ist überhaupt kein Trost, weil es muss wirklich drum gehen, dass man sagt, im Verhältnis zu unserer Wirtschaftskraft sind wir an zehnter Stelle, was die Pro-Kopf-Ausgaben angeht für Schulpolitik.	
00:51:00	Bevor wir über die Statistik reden und ich möchte über die Statistik reden, möchte ich zunächst einmal sagen, dass ich vom Kind her denke und von der Mutter, die dieses Kind einschult. Ich habe selber vier Kinder, ich habe fünf Enkelkinder und ich weiß, dass nichts so wichtig ist, als dass ein Kind, eine Mutter für ihr Kind einen Kindergartenplatz findet. Wir haben eine Vollversorgung in Baden-Württemberg und	Herr Teufel.
00:51:30	dass ihr Kind eine gute Schulausbildung schon in der Grundschule bekommt. Da haben wir in den letzten Jahren in Baden-Württemberg jedes Jahr zwischen 20 und 25.000 Grundschüler mehr gehabt, also 6-jährige, die mehr in die Grundschule gekommen sind. Wir haben deshalb sämtliche durch Pensionierung frei werdende Lehrerstellen besetzt. Und wir haben zusätzliche, das haben aber sozialdemokratisch-regierte	

00:52:00	Länder nicht gemacht. Und wir haben in Baden-Württemberg zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Sie sagen, es seien keine zusätzlichen Lehrer eingestellt worden. Sie machen Ihre eigene Politik schlecht. ^Bitte denken Sie daran, dass in der großen Koalition 2500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden sind. ^2500 zusätzliche und (uv).	[(uv) [Ja, das ist aber vier Jahre her.	[Jetzt reden wir aber über unser Land hier.(uv)
00:52:30		^In den vier Jahren haben sich doch die Schülerzahlen Wir haben gesagt, wir legen einen Schwerpunkt in diesen Bereich, ^und stellen in jedem Jahr, schaffen in jedem Jahr 1000 neue Stellen in diesem Bereich, weil es ^aus unserer Sicht nicht angehen kann, dass man in dem essenziellen Bereich, wo Jugendliche wirklich geprägt werden und Kinder geprägt werden, in dem, wo sie anfangen können für ihre Qualifizierung für das Leben zu finden, dass man in dem Bereich anfängt, zu sparen und.	Sie haben gesagt, Sie wollen 1000 jedes Jahr einstellen bis Jahr 2006. [Wollen Sie auch jeweils 1000
00:53:00	Also wie viel wollen Sie schaffen in den nächsten Jahren? [5000 Stellen.	[Wir haben gesagt, das haben wir ja schon lange veröffentlicht^, dass^ wir gesagt haben, wir legen unseren Schwerpunkt darauf, dass wir 1000 Lehrer oder 1000 Stellen an den Schulen pro Jahr schaffen, auf fünf Jahre hin	in den nächsten Jahren zusätzlich? [1000 pro Jahr.

[Ja.	gesehen, wenn wir regieren. Und Sie haben auch 940 eingestellt, aber diese erst für den kommenden Haushalt. Weil das ist ja das, was Sie natürlich auch gerne anbringen, aber das Problem ist, wir haben jetzt den Bedarf.
00:53:30	Jetzt möchte ich Ihnen nur zwei Dinge sagen. Erstens: Zum 1. September diesen Jahres sind in Baden-Württemberg 5000 junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden. 5000 in diesem Jahr! Sie sprechen vom nächsten Jahr. Zweitens: Sie werden im Wahlprogramm der CDU finden, dass wir für die nächste Legislaturperiode 5500 zusätzliche Lehrerstellen schaffen werden. [Haja. [Also.
00:54:00	Da ich, da sich die Bürger auf meine Aussage verlassen können, können sie mit diesen Stellen auch rechnen. Willkommen im Club. Ich kann nur sagen, ^dort, wo der Hase SPD ankommt, sitzt der Igel CDU längst unten an der Pforte. [Nee halt, nix Konsens. Also hier Konsens. Ich will mal weitergehen. Sie haben die Mütter und die Kinder. Doch, einen Augenblick, ^wir kommen dann ja vielleicht nochmal drauf. Betreute Halbtagschulen, umsonst? Und wirklich flächendeckend? Wie sieht es damit aus? Ich kann Ihnen sagen,

00:54:30	wir haben zusammen mit den Städten und Gemeinden nun die verlässliche Halbtagsgrundschule eingeführt. In 79 Prozent der Grundschulen Baden-Württembergs sind bereits diese Betreuungsangebote realisiert. Die Gemeinden haben hier eine ganz hervorragende Arbeit geleistet. Das Land zahlt 50 Prozent der Kosten in einem Freiwilligkeitsbereich, aber in einem ganz zentral wichtigen Bereich,
00:55:00	wo man jungen Müttern helfen muss mit der verlässlichen Halbtagsgrundschule. Deswegen lassen wir uns das Millionenbeträge kosten. Frau Vogt. Wenn man vom Kind her denkt, wie Sie das gesagt haben, und von den Müttern oder auch Vätern, die vielleicht auf das Kind aufpassen und es betreuen und erziehen, dann ist die Realität nach wie vor, dass die Eltern die Kinder in die Schule schicken und nicht gewährleistet ist, dass nicht um 11 Uhr, weil Unterricht ausfällt, das Kind da steht, die Mutter vielleicht
00:55:30	gar nicht zu Hause ist, weil sie gerade einkaufen geht oder weil sie berufstätig ist. Und wir haben diese Situation nach wie vor, obwohl dieses Angebot der sogenannten ‚verlässlichen Halbtagschule‘ jetzt eingeführt worden ist. Das hat nämlich nicht funktioniert, weil sie es nicht

	mit voller Konsequenz gemacht haben. Aus meiner Sicht müssen sich Eltern darauf verlassen können, dass ein Kind, das in die Schule geht, qualifiziert betreut ist, also auch Unterricht hat von morgens um halb 8 bis um 13 Uhr. Und was im Moment läuft an unseren Schulen, ist
00:56:00	dass es zum Teil – in einer Schule habe ich gelesen, gibt es jetzt keinen Förderunterricht mehr, weil die Förderstunden jetzt benutzt werden für die Betreuungsstunden. Das kann es ja wohl nicht sein. Und in einer anderen Schule ist es so, dass es mir ein Fall berichtet wurde von einem kleinen Jungen, der dieses Betreuungsangebot wahrnehmen wollte, der wurde dann in einer Stunde in den Religionsunterricht gesetzt, um betreut zu sein. In der anderen Stunde saß er mit einer korrigierenden Lehrerin im Zimmer, hatte zwar eine Aufsichtsperson.
00:56:30	Aber wichtig ist, dass mit den Kindern was gemacht wird. Dass Lehrerinnen und Lehrer die Zeit nutzen, da auch was zu tun. Und wichtig ist, dass es auch keine Einführung von Schulgeld gibt. Wir haben Gemeinden, Städte und Gemeinden, die bis zu 150 Mark für diese Zusatzbetreuung ^ verlangen. Und ich finde, das darf nicht sein, dass Bildung vom Geldbeutel der

	Eltern abhängt und man könnte diese zusätzliche Zeit nutzen, für Bildung, für Förderkurse. Wir brauchen zum Beispiel auch Sprachkurse, wir brauchen Unterstützung für Kinder mit Lese- und Rechtschreibschwäche.
00:57:00	Und das sind alles Bereiche, das könnte man natürlich auch^ zum Integrieren in diesen Bereich der zusätzlichen Grundschulstunden, aber dann brauche ich Stunden, brauche ich qualifizierte (uv). Und da kann ich nicht so etwas Halbherziges machen und die Eltern noch zur Kasse bitten. Also wissen Sie. Ich bin so in der Woche einmal an der Schule. Ich möchte Ihnen eines sagen. Wir sind das einzige Land, das überhaupt Statistik führt über Unterrichtsausfälle, und zwar von der Schule her. Wissen Sie, wie viele Unterrichtsausfall an der Grundschule haben? [Ja.
00:57:30	2,1 Prozent. Wissen Sie, dass es jeden Morgen einem Rektor passiert, wenn sie mit dem Rektor redet? Dass ein Lehrer oder eine Lehrerin ihn anruft, dass sie krank sind oder dass ihr Kind krank ist? Der Hauptausfallgrund ist wirklich Krankheit des Lehrers, glauben Sie, dass Sie es verhindern können? Wenn es um 14-Tage oder 4-Wochen-Krankheit geht? Wir haben jetzt eine Krankheitsreserve aufgebaut von 660 Lehrern in Baden-

	Württemberg. Wenn Sie aber
00:58:00	die Gesamtbetreuung von halb 8 bis 12 nur mit Lehrern machen wollen, dann brauchen Sie allein für die Betreuung die 1000 Lehrer, die Sie zusätzlich schaffen wollen. Dann haben Sie, müssen Sie nochmal 1000 schaffen, damit Sie überhaupt den Unterricht gewährleisten sollen. Aber jetzt, bitte zum Vergleich, Sie haben gesagt, man soll^ nicht mit anderen Ländern vergleichen, die Frau Vogt hat mit anderen Ländern verglichen. Die SPD zieht mit einem Papier herum. Bund-Länder-Bildungsplanung vom Jahr 1997. Ist so
00:58:30	wunderschön. Weist Baden-Württemberg in der Tat auf Platz 12 aus und in allen SPD-Versammlungen wird das Papier gezeigt. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat diese Statistik zurückgezogen. Weil nämlich in Baden-Württemberg über anderthalb tausend Milliarden Mark der Kommunen für die Schulen überhaupt nicht enthalten sind. Die Bund-Länder-Kommission hat das Pap^hat die Statistik zurückgezogen. Aber die SPD Baden Württemberg ist nicht im Stande, diese falsche Statistik
00:59:00	zurückzuziehen. Ich schicke Ihnen morgen die offizielle Statistik der Kultusministerkonferenz, aus der hervorgeht, dass das Land Baden-Württemberg

	die höchsten Bildungsausgaben aller 16 deutschen Länder hat. Wir sind das Bildungsland Nr. 1. Und jeder weiß, jeder weiß, dass wir in Deutschland ein Süd-Nord-Gefälle haben, dass Bayern und Baden- Württemberg die besten Schulen haben. Ihr Ministerpräsident Glogowski in Niedersachsen hat wörtlich
00:59:30	gesagt, noch vor anderthalb Jahren, wörtlich gesagt: „Wenn ein Kind aus einem süddeutschen Land nach Norddeutschland ziehe, dann müsse es sich zunächst einmal zwei Jahre hängen lassen, damit es auf das niedersächsische oder norddeutsche Niveau komme.“ [Herr Teufel, brauchen wir hier Studiengebühren? Studiengebühren? Ja. Jetzt sind wir aber gerade an [(uv) zu den Schulen den Schulen. zurück, da möchte ich auch noch etwas sagen. [Ja. (uv) Ich bin...sehr gerne. ^Vor allem deshalb sehr gerne, weil ^
01:00:00	die Frau Vogt in ihr Wahlprogramm geschrieben hat, sie wolle die Langzeitstudiengebühren in Baden-Württemberg wieder abschaffen. Ich bin für Langzeitstudiengebühren und für nichts anderes wie Langzeitstudiengebühren. Und die haben wir eingeführt. Und jetzt möchte ich Ihnen einmal sagen, dass in Baden-Württemberg ein Wunder passiert ist durch

	dieses Gesetz. Wissen Sie, worin das Wunder besteht? Von einem Semester zum nächsten - sind die Zahlen der Langzeitstudenten - um 18.000 zurückgegangen.
01:00:30	Um 18.000 zurückgegangen! Die Zahl der Studienanfänger aber hat zugenommen. Ich bin dafür. - Und mit mir wird es nie etwas anderes geben, dass wirklich jede junge Frau und jeder junge Mann, die das Zeug dazu haben, studieren können. Und zwar das Grundstudium, 8 Semester kostenlos. 1 Semester Prüfungsvorbereitung - kostenlos. 4 Semester zusätzlich - kostenlos. Aber ab dem
01:01:00	13. Semester zahlt man in Baden-Württemberg 1000 Mark Studiengebühren. Und ich muss Ihnen sagen, das ist auch deshalb berechtigt, weil junge Leute dann eine Chance für einen Studienplatz bekommen. Wen verteidigen Sie denn da, Frau Vogt? Leute, die es bei uns gibt, die 25, 28 an der Spitze, kein erdachtes Beispiel, 48 Semester auf dem Buckel haben – setzen Sie sich für die ein oder setzen Sie sich für die jungen Leute ein, die einen Studienplatz haben wollen?
01:01:30	Ich sag Ihnen gerne, wen ich verteidige, weil ^und das ist mir auch wichtig, weil ich es für falsch halte, wenn wir Politik nach Statistiken machen. Es hat überhaupt keinen Sinn, irgendwelche nackten Zahlen zu nehmen,

[sind doch 18.000 Leute! Ist doch keine Statistik.	wenn...sondern wir müssen Politik machen an den Menschen und an der Situation der einzelnen Menschen. Ich verteidige die junge Frau, die während ihres Studiums schwanger wird, die glaubt, sie kann während des Studiums das irgendwie schaffen, sich nicht beurlauben lässt, weil sie denkt,
01:02:00	sie schafft es, immer mal wieder an die Universität zu gehen, die das dann nicht durchhalten kann, die sich dann nicht beurlauben ließ und dann entsprechend im 13. Semester zusätzlich die Studiengebühren hat. Ich verteidige diejenigen, die zum Beispiel um ihr Studium zu finanzieren, nebenher arbeiten müssen, und entsprechend dadurch eine verlängerte Studienzeit haben und das ist natürlich ein ganz, ganz großer Teil der Studierenden. Ich habe selbst während meines Studiums nicht nur Politik gemacht, sondern auch viel gearbeitet, um Geld zu verdienen, in den verschiedensten Berufen
01:02:30	und habe das immer wieder erlebt, dass natürlich ein Job, den man nebenher macht, immer wieder dazu führt, dass man die eine oder andere Prüfung etwas nach hinten schieben muss. Und deshalb – wenn Sie Langzeitstudierende ^gerne früher von der Universität hätten, bin ich sofort dabei. Aber das braucht man nicht mit Geld zu machen. Da

	kann man hergehen und kann sagen, ich will zum Beispiel einen Nachweis. Ich erwarte, dass jemand, der an der Universität ist, regelmäßig den Arbeitsnachweis bringt. Das können,
01:03:00	da muss man die Studienfächer durchschauen, da muss man die entsprechenden Prüfungsordnungen durchschauen und da muss man sagen, ,okay, bis zu einem bestimmten Semester muss man eine bestimmte ^Prüfung abgelegt haben‘ und dann kann man – also ^ich weiß es von den Juristen, da war das so, da hat man dann ^, wenn man die zweite, die die zweiten großen Scheine hatte, konnte man unendlich lang studieren, da hat keiner mehr gefragt, man könnte ja so eine Frist einlegen und sagen, okay, du musst auch, wenn du den großen Schein hast, danach irgendwann, nach einer gewissen Zeit sagen,
01:03:30	,okay, dass ich an der Uni wirklich was arbeite und nicht nur pro forma ein^eingeschrieben bin‘. Das ist mein Punkt und das kann ich ganz leicht in den Griff kriegen, ohne diese 1000 Mark zu verlangen, weil die 1000 Mark zum einen diejenigen auch bestrafen, die tatsächlich nichts dazu können, dass sich ihre Studienzeit verlängert und es bestraft auch, ^sagen wir mal

		diejenigen, für die das von vornherein auch abschreckend wirkt. Ich glaub, alles, was wir machen im Zusammenhang mit Gebühren für Bildung erheben, das heißt automatisch
01:04:00	[Darf ich?	dass dann in den Köpfen derer, die vielleicht weniger Geld haben, die sowieso zu ihren Kindern sagen, ‚ach, arbeite lieber was, wir haben es ein bisschen knapp und es ist besser, wenn du in einen Beruf gehst.‘ Für die ist das eine zusätzliche Hemmschwelle, wenn es heißt, Studium ist auf jeden Fall mit noch mehr Geld verbunden und das halte ich für zutiefst unsozial und ich verteidige das in Baden-Württemberg auch deshalb so stark, weil ich glaube, das war eine der wichtigsten sozialdemokratischen Errungenschaften, dass wir es geschafft haben, dass Bildung für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, auch möglich
01:04:30	[(uv) [Mit Verlaub, Mit Verlaub, also in Baden-Württemberg haben wir seit das Land besteht, einen CDU-Kultusminister und es gibt keine Studiengebühren, es ist deshalb nicht eine sozialdemokratische Errungenschaft, sondern es ist in diesem Land eine	wird und diese Bildungschancen auch eröffnet. Ein Satz nur noch, dann möchte ich nochmal auf die Wirtschaft zu sprechen kommen zum Schluss.

	Errungenschaft der CDU Aber jetzt will ich ^, jetzt will ich Ihnen nur sagen, wenn die Frau Vogt sagt, man muss an die Studentin denken, die ein Kind	[(uv) Die Bildungspolitik von Willy Brandt kann auch an Ihnen nicht vorbeigegangen sein.
01:05:00	hat und die das Kind betreuen muss, dann hat sie natürlich völlig recht, aber daran haben wir gedacht. Diese Studentin ist ausgenommen bei uns von der Langzeitstudiengebühr. Und wenn ein Student oder eine Studentin, die kranke Mutter pflegen muss, dann ist der auch ausgenommen von der Langzeitstudiengebühr. An die Dinge haben wir natürlich gedacht. Aber wir können von Studenten auch erwarten, dass sie arbeiten während des Studiums, denn ein Studienplatz	
01:05:30	kostet so viel, dass vier Arbeitnehmer die gesamte Lohnsteuer aufbringen müssen, nur für diesen Studienplatz. Und wenn wir da das Studium freimachen, noch 5 Semester Zuschlag machen zur Regelstudienzeit, dann finde ich, in der Zeit kann man Examen machen. Aber die Frau Vogt hat an der einen Stelle auch Recht, man muss auch Leistungsnachweise verlangen. ^Und deswegen hat natürlich unsere Hochschulreform auch diesen Punkt berücksichtigt, nach	

01:06:00	2 Semestern muss man künftig in Baden-Württemberg oder jetzt bereits in Baden-Württemberg auch an der Universität sowie an der Fachhochschule, wie sich das seit Jahren bewährt hat, nach zwei Semestern muss man Zwischenprüfungen machen, ^so dass nicht Leute zwischen 10 und 15 Semestern studieren und erst dann merken, dass sie im falschen Fach sind. Also, das ist in unserer Hochschulreform alles berücksichtigt.	Ich möchte noch ein ganz wichtiges Thema zum Schluss ansprechen, ich glaube, unsere Wirtschaft, der Mittelstand vor allem,
01:06:30	Damit das nicht ^abstrakt ist, möchte ich es Ihnen an einem praktischen Beispiel erklären. Ich bin vor vier Jahren, vor 3 Jahren auf der CEBIT in Hannover gewesen	sucht Arbeitskräfte. Andererseits haben wir auch 360.000, 260.000 Arbeitslose in Baden-Württemberg. Herr Teufel, da sind zum Beispiel auch Bosnien-Flüchtlinge gefragt. Wie viele ausländische Arbeitskräfte würden Sie hier hereinlassen und wie ist Ihre Position zu einem Zuwanderungsgesetz?
01:07:00	und habe also nicht erst auf der CEBIT 2000 wie der Bundeskanzler erfahren, ^dass die Arbeitskräfte in der Informations- und Kommunikationstechnik	

	^außerordentlich knapp werden. Ich bin vor 3 Jahren heimgekommen und habe festgestellt, es sind nicht einmal alle Studienplätze ausgefüllt, vor vier Jahren, im Bereich der Informationstechnik. Dann habe ich alle Abiturientinnen und Abiturienten angeschrieben - alle - und zwar 3 Jahre hintereinander
01:07:30	und habe für das Informatikstudium und für das Ingenieurstudium geworben. Dann waren die Studienplätze voll. Dann haben wir in nur 3 Jahren die Studienplätze verdoppelt in dieser Branche. Aber da es nicht nur auf Studenten ankommt, sondern genauso wichtig Auszubildende sind, haben wir die Ausbildungsplätze in dieser Branche versechsfacht in 3 Jahren. Versechsfacht! Das heißt - meine erste Priorität ist
01:08:00	In einem Land, in denen in den letzten 2 Jahren 360.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, nur - in der Metallbranche, gibt es doch keine wichtigere Aufgabe, als jungen Menschen einen Ausbildungs- einen Studien-, einen Arbeitsplatz anzubieten, in einer Branche, die Zukunft hat, die neue Arbeitsplätze ^schafft. Und das ist für mich die erste Priorität. Und die zweite Priorität: Wenn man dreieinhalb, vier Millionen

01:08:30	Arbeitslose hat, darunter 60.000 arbeitslose Ingenieure und 28.000 arbeitslose Facharbeiter aus dieser Branche - ,dann kann man doch nicht sagen - , wir ziehen weiter, wir holen Ausländer und die Karawane zieht weiter und die bleiben am Wegrand liegen. Jeder einzelne, jeder einzelne muss uns wichtig sein. Und ich lasse keinen hängen und keinen liegen. Und deswegen hat die Umschulung
01:09:00	dann die zweite Priorität. Wenn uns dann drittens noch Arbeitskräfte fehlen, dann bin ich sehr wohl dafür, dass wir einzelne Arbeitskräfte nach unseren Bedürfnissen auch hereinlassen. Aber in einem Land, in dem jedes Jahr, jetzt schon ohne EU-Bürger, 260.000 Ausländer ins Land kommen - 260.000, kann man eine zusätzliche Quote nicht draufsatteln, sondern - muss dann dafür sorgen -
01:09:30	dass an anderer Stelle Zuwanderung gebremst wird, damit wir auswählen können. Im Übrigen: Die Greencard von der Frau Vogt - hochgelobt, hochgelobt... 2200 jetzt, das hat sich als ein einziger Flop erwiesen. [Jede Woche. Jede Woche! Also ich würde mir wünschen, dass Sie - häufiger mit Firmen aus dieser Branche in Kontakt kommen. Weil ich hab Ich hab ^ in den letzten Wochen in jeder Firma, die ich zu dem Thema befragt habe, in jeder Firma in [Frau Vogt, wie sieht Ihre Position dazu aus?

	Baden-
01:10:00 [Doch. (uv)]	Württemberg, massive Klagen gehört über den großen Notstand, auch gerade in der Region zum Beispiel um Karlsruhe, wo ja durch die Universität viele junge Leute da sind. Und wenn diese Schilderung, so grandios wie Sie sie darstellen, in der Wirklichkeit wäre, dann wäre überhaupt nicht erklärbar, warum von diesen Greencard-Einwanderern der größte Anteil nach Baden-Württemberg kommt. Wir haben hier ein so großes Defizit an Fachkräften. Und ich glaube, wenn man ein Land hat,
01:10:30	in dem wir darauf angewiesen sind, dass wir Export haben, in dem wir darauf angewiesen sind, dass wir Handel treiben, auch über die Grenzen hinaus, dann dürfen wir nicht so tun, als könnten wir einen Zaun darum ziehen und sagen, also alles kriegen wir aus eigener Kraft. Ich bin auch dafür, dass wir diejenigen, die hier sind, auch unterstützen und fortbilden. Wir haben ein Drittel der arbeitslosen Jugendlichen, die keine Qualifikation haben. Wir haben ein Drittel der Arbeitslosen bei uns, über 70.000 Männer und Frauen, die über 55 Jahre alt sind.
01:11:00	Um die sich im Moment keiner richtig bemüht. Wo man auch was tun muss, damit die so einen Job

	bekommen. Aber das wird sicherlich nicht in diesen Fällen die Informationstechnikbranche sein. Für diese Branche haben wir viele Leute gebraucht. Und ich bin wirklich der Meinung, dass man als Land mehr dafür tun muss, dass die Leute kommen. Und ich verstehe auch nicht, wenn man, wie man, wenn man von 'nem christlichen Hintergrund kommt, wie Sie. Wenn man dann sich hinstellen kann und sagen kann, also das Thema Zuwanderung ist eines, da argumentieren wir ^wie ^diejenigen,
01:11:30	die sagen, wir müssen immer nur unter uns bleiben, und dürfen nur ganz vereinzelt mal picken. Ich denke, dass es notwendig ist, in einem weltoffenen Baden-Württemberg, wenn wir die Firmen halten wollen, wenn wir ausländische Investoren halten wollen, auch dafür zu sorgen, dass es natürlich selbstverständlich ist, dass auch Fachkräfte in den Bereich kommen. Und ich fand's schon interessant, mich haben ganz viele mittelständische Firmen dringend, händeringend gebeten, mich einzusetzen dafür, dass zum Beispiel Bosnier, die hier integriert sind, die in Sport-
01:12:00	vereinen sind, die tatsächlich mitmachen, die k^keine Sprachprobleme haben, wo die Kinder hier geboren sind, und hier

	aufgewachsen sind, die vor allem gearbeitet haben für ihren Lebensunterhalt selbst gesorgt haben, da kamen ganz viele Handwerker, die sagen ‚Lasst uns doch wenigstens diese Menschen‘. Sie hatten doch selber einen Antrag im Kabinett von ihrem Koalitionspartner, man hat das einfach abgebügelt - das wären auch genau die Facharbeiter, die uns hier im Land fehlen, wo man sagen könnte, da kann man doch auch mal - auch gerade als Christ mal ein bisschen Herz zeigen
01:12:30	Man muss nicht jedes Mal stur sagen, ^es darf nicht sein, was ich nicht will. Lieber Herr Teufel, liebe Frau Vogt. Die Zeit ist im Flug vergangen. Wir sind am Ende. Liebe Zuschauer, Sie werden sich ganz sicher fragen, wer war der Sieger in dieser Fernsehdiskussion. Ich meine, der Sieger das waren Sie. Wir haben Sie informiert, über eine Stunde lang, so dass Sie sich wirklich Ihre eigene Meinung bilden können. Und jetzt weiter mit den neusten Nachrichten in Baden-Württemberg aktuell. Guten Abend.